

#NoTravelToCuba: Mehr als trendiger Aufruf, eine Warnung!

Friedensbotschaft, auch an das kubanische Volk gerichtet

Putins-Krieg gegen die Ukraine:

Die Unterstützung der kommunistischen Regierung Kubas entspricht nicht dem Willen des Kubanischen Volkes!



Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zur UN-Vollversammlung am 22.09.2022.
Bild: © IMAGO / ZUMA Wire Ukraine Presidents Office

„...Und schließlich.

Ich möchte 101 Ländern danken, die für meine Videoansprache gestimmt haben. Es war eine Abstimmung nicht nur über das Format. Es war eine Abstimmung über die Prinzipien.

*Nur sieben Länder haben dagegen gestimmt: Belarus, **Kuba**, Nordkorea, Eritrea, Nicaragua, Russland und Syrien.*

Sieben. Sieben, die Angst vor der Videoansprache haben. Sieben, die auf Prinzipien mit einem roten Knopf reagieren. Nur sieben.

Einhunderteins – und sieben.

Freunde! Wenn diese Koalition gegen unsere Entschlossenheit ist, dann gratuliere ich Ihnen allen. Denn das bedeutet, dass der Frieden über jede Aggression siegen wird und dass es für uns kein Hindernis gibt, die Friedensformel umzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Ich wünsche Ihnen allen noch einmal Frieden!

Ruhm für die Ukraine!“

Wolodymyr Selenskyj



Kubanische Bürger zeigen in Paris ihre Solidarität mit der Ukraine. In Kuba sind solche Kundgebungen verboten.
Bild: © Cibercuba

Der kommunistisch regierte Karibikstaat zählt zu den wenigen Verbündeten Russlands im Ukraine-Krieg. Kuba ist bei Russland hoch verschuldet und leidet unter Inflation und Mangelwirtschaft. Russland zählt zu den wenigen Geldgebern Kubas insbesondere deshalb, weil Zahlungsfristen für Kredite immer wieder großzügig verlängert werden. Dies geschah zuletzt nur wenige Tage vor der russischen Invasion in die Ukraine. Die kommunistische Regierung Kubas, die die Menschenrechte des kubanischen Volkes systematisch missachtet und die staatlich kontrollierte Wirtschaft mit strategischen Fehlplanungen, Bürokratie, Korruption, Willkür und Überschuldung zum Erliegen gebracht hat, rechtfertigte den russischen Angriffskrieg mit den "westlichen Bedrohungen gegen Russland". Auch lange nach dem Zerfall der Sowjetunion, hängt Kuba militärisch nach wie vor am russischen Tropf. Das Land erhielt, unter anderem, Militärtechnik und Waffen von seinem Partner aus Moskau.

Am 01.12.2022 trat in Kuba ein neues Strafgesetzbuch in Kraft. Einige Paragraphen sind nach dem Vorbild von Putins "Agenten-Gesetz" geschrieben, das laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung verstößt. Die kubanischen Paragraphen gehen noch weiter und können auf einzelne Personen ausgelegt werden, die Kontakte mit Andersdenkenden haben. Der Artikel 143 des neuen Strafgesetzbuches zielt zum Beispiel auf Personen ab, die ausländische Geldzuwendungen erhalten, erteilen und in eigenem Namen oder im Namen von "NGO's, internationalen Institutionen, Vereinigungen, natürlichen oder juristischen Personen des Landes oder eines ausländischen Staates" handeln. Das Gesetz stellt sowohl die öffentliche, als auch die private Finanzierung unter Strafe.

Am 19. November 2022 startete der kubanische Präsident Miguel Diaz-Canel eine 4-tägige offizielle Russlandreise. Die Reise diente der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Havanna in unterschiedlichen Bereichen. Beim Treffen mit Russlands Präsident Putin ermutigte Diaz-Canel Russland dazu, „auf sein Recht zu bestehen“. Putin erklärte anschließend, Kuba sei ein „sehr wichtiger Partner Russlands“, so die Nachrichtenagenturen AFP und DPA.



22.11.2022 17:45 Moskauer Zeit: Während in Kiew russische Raketen die zivile Infrastruktur zerstörten, trafen sich Kremlchef Wladimir Putin und Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel zur Enthüllungszereemonie eines Denkmals für den verstorbenen kubanischen Führer Fidel Castro. Bild: © ANSA

Blumen für die Ukrainischen Botschaft: Ein Zeichen der Solidarität wird bestraft



Der kubanische Menschenrechtsaktivist Pablo Enrique Delgado Hernández übergab am 26. Februar 2022 einen Blumenstrauß an die Diplomatin Iryna Bylik für die ukrainische Botschaft in Havanna. Damit wollte er seine Solidarität mit der Ukraine bekunden. Bilder: © Twitter/@Dicotomia7

"Wie versprochen bin ich heute zur ukrainischen Botschaft in Kuba gegangen, um meine bedingungslose Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck zu bringen" Teilte auf seinem Twitter-Account der Menschenrechtsaktivist Pablo Enrique Delgado Hernández mit. Dabei prangerte an, dass die Sicherheitsagenten, die für die Bewachung der diplomatischen Vertretungen zuständig sind, ihm nicht erlaubten, die Blumen nirgends niederzulegen. *"Die Diplomatin Iryna Bylik musste erscheinen, weil ich einen kleinen Rosenstrauß, den ich als Zeichen meiner Solidarität bei mir trug, nicht aufhängen durfte (weder an den Zaun, noch auf den Boden, noch an einen Baum vor dem Botschaft)",* twitterte er hinzu.

Nach diesen Ereignissen wurde Delgado am selben Tag von der Staatssicherheit abgeführt, und in einer Polizeistation von ranghoher Stasi-Beamten verhört, wie er gegenüber dem unabhängigen Medium 14yMedio erklärte.

"Sie sind krank vor Hass", sagte Delgado, der in Laufe des Verhörs mehrere Drohungen und eine Abmahnung - seine zweite bis dahin - erhalten hat.

Prorussische Abstimmungen in der UN und prorussischer Sprachgebrauch in den kommunistischen Staatsmedien Kubas

Am 28.02.2022 hat der UN-Menschenrechtsrat eine Dringlichkeitsdebatte über die Situation in der Ukraine beschlossen. Die Debatte wurde von 29 Staaten unterstützt, 13 weitere enthielten sich und fünf stimmten dagegen, darunter Russland, **Kuba** und Venezuela. **Kubanische** Diplomaten stimmten am 07.05.2022 in Genf, gegen eine Resolution für den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Die Abstimmung wurde angestoßen aufgrund der von der russischen Armee begangenen Gräueltaten und Kriegsverbrechen in der Ukraine. Die UN-Vollversammlung verabschiedete am 14. November 2022 eine Resolution, die eine Grundlage für künftige Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine legen soll. 94 Länder stimmten in New York für die Resolution, damit kam die notwendige Zweidrittelmehrheit zusammen. 73 Länder enthielten sich, 14 stimmten dagegen - neben Russland unter anderem auch China, der Iran und **Kuba**.

Die kubanische Staatsmedien folgen genau der russischen Berichterstattungslinie über den Ukrainekrieg. Kubanische Zeitschriften, alle unter der strengen Kontrolle der kommunistischen Partei, bezeichnen Putins-Krieg als „Spezialoperation“ und verwenden ein stark prorussisches Sprachjargon.



Abbildungen der Granma, Kubas auflagenstärkste Zeitung und Zentralorgan der Kommunistischen Partei, mit einseitiger Berichterstattung: Links, die "Militärische Spezialoperation geht weiter" (Tag 6). Mitte, Diaz-Canel gratuliert am 08.10.2022 Putin zu seinem 70. Geburtstag. Rechts, Sergej Lawrow zufolge ist die militärische Sonderoperation ein Beitrag zur Befreiung der Welt von neokolonialer Unterdrückung durch den Westen (Tag 66).

Oleg Nilov und die ernstzunehmende Witze aus der Staatsduma



Abgeordneten der Staatsduma nahmen am 14. Dezember 2022 an der Wohltätigkeitsveranstaltung „Weihnachtsbaum der Wünsche“ teil. Daran hingen Umschläge mit Neujahrswünschen von Waisenkindern und Kindern mit Behinderungen aus den von Russland besetzten Gebieten Lugansk, Donezk sowie anderen ukrainischen Regionen. Ein Video aus der Veranstaltung zeigt Oleg Nilov, stellvertretender Vorsitzender der Parlamentsfraktion "Gerechtes Russland", wie er zum Baum ging, einen Umschlag nahm und Folgendes vorlas: „Der Junge Vova aus Kiew träumt von Raketen.“ Und fügte hinzu. „Vova, du wirst Raketen bekommen, warte... Das ist natürlich ein Witz“ Bild: © Baza/east2west news

Monate zuvor, am 24. Mai 2022, fand in der Staatsduma eine Debatte über das Gesetz zur Gewährung Kubas eines Zahlungsaufschubs bei der Erfüllung der russisch-kubanischen Darlehensverträgen statt. Im Rahmen dieser Parlaments Sitzung schlug Oleg Nilov Folgendes vor: *"...einige Gebiete an den wunderschönen Küsten kubanischer Urlaubsorte zu erhalten, in denen mit russischen Mitteln Sanatorien und Gesundheitszentren, insbesondere für Militärangehörige, gebaut werden sollen..."*, so die russische Agentur Interfax.

Für den Parlamentarier würde dieses Projekt die Genesung und Behandlung von verwundeten Soldaten in der heutigen Ukraine unterstützen. Bislang gab es auf diesen Vorschlag keine offizielle Stellungnahme der kommunistischen Regierung Kubas. Dennoch zeigte sich Nilov zuversichtlich, dass die Regierung Kubas den Vorschlag annehmen und wird. Es ist deswegen nicht auszuschließen, dass künftig, in den Stränden und Bars von Kuba, westliche Touristen auf russische Kriegsverbrecher treffen können.